Ressort: Politik

Kommunen fordern Aktionsplan gegen Hitzewellen

Berlin, 04.08.2018, 09:22 Uhr

GDN - Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, hat angesichts der anhaltenden Dürre Vorkehrungen für künftige Hitzewellen gefordert. "Der Klimawandel schreitet voran. Wir müssen uns in Zukunft darauf einstellen, dass die Sommer sehr heiß und niederschlagsarm werden", sagte Landsberg dem "Handelsblatt".

"Sinnvoll wäre, einen Aktionsplan zu entwickeln, wie die Städte und Gemeinden sich für die Zukunft besser auf solche Hitzeperioden vorbereiten können." Konkret schlug Landsberg eine Optimierung der Wasserversorgung, zusätzliche Speicherkapazitäten, mehr Grün in der Stadt sowie den Anbau von Pflanzen in Grünanlagen und in den kommunalen Wäldern vor, die für den Klimawandel besser gewappnet seien. "Die Planung und Umsetzung eines solchen Aktionsplanes setzt natürlich zusätzliche Mittel voraus", fügte der Städtebund-Geschäftsführer hinzu. "Hier sind Bund, Länder und Kommunen gemeinsam gefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Städte und Gemeinden auf die Folgen der Klimaveränderungen optimal vorzubereiten." Laut Landsberg stellt die lang anhaltende Hitze nicht nur für die Bürger, sondern auch für die Kommunen eine Belastung dar. "Wasser sparen ist in vielen Städten und Gemeinden angeraten, auch wenn die Situation in Deutschland insgesamt entspannt und die Versorgung mit Trinkwasser nicht gefährdet ist", sagte er. Allerdings gebe es hinsichtlich der Versorgungslage regionale Unterschiede. Das könne teilweise zu Einschränkungen beim Wasserverbrauch führen. "Insoweit ist es nachvollziehbar, wenn Kommunen je nach örtlicher Lage auch ordnungsrechtliche Maßnahmen ergreifen und zum Beispiel das Sprengen von Rasenflächen oder das Befüllen von privaten Pools untersagen", fügte Landsberg mit Blick auf den Kreis Cochem-Zell (Rheinland-Pfalz) hinzu. Dort dürfen die Bürger nicht mehr ihren Rasen bewässern, wie die Verwaltung mitteilte. Auch Wasser für öffentliche Grünflächen und für öffentliche sowie private Sportoder Freizeitstätten ist tabu. Die Feuerwehren dürfen vorerst kein Wasser mehr für Übungen nutzen. Bei Verstößen drohen bis zu 5.000 Euro Buße.

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-109762/kommunen-fordern-aktionsplan-gegen-hitzewellen.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619